



Gemeinde Henndorf am Wallersee

BEZIRK UND LAND SALZBURG
Hauptstraße 65, 5302 Henndorf a. W.
Tel. 06214 / 82 04, Fax DW 34
e-mail: gemeinde@henndorf.at

EAP 004-1/3/4-2004

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen anlässlich der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, dem 18. Juni 2004 um 17:00 Uhr im Gemeindeamt Henndorf a.W. - Sitzungssaal .

Anwesend:

Für die Österreichische Volkspartei:

Herr Bürgermeister Rupert Eder
Herr GR Dr. Wolfgang Leinberger
Herr GR Johann Ebner
Herr GR Johann Schwaiger
Herr GR Dr. Wolfgang Kirchtag
Herr GV Johann Riedl
Frau GV Elfriede Schwaiger
Frau GV Mag. Karoline Eckereder-Edtstadler
Herr GV Josef Eder
Herr GV Friedrich Schmidhuber
Herr GV Gerhard Wieder

Für die Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Herr Vizebürgermeister Walter Seidl
Frau GR Mag. Hildegard Eisl
Frau GR Dorothea Aberger
Herr GV Franz Ortner
Frau GV Adelheid Lipp
Herr GV Alois Hemetsberger
Herr GV Herbert Thalhammer

Für die Freien Demokraten Henndorfs:

Herr GV Johann Kaindl
Herr GV Franz Brandstätter

Nicht anwesend:

Für die Österreichische Volkspartei:

Herr GV Dr. Christian Möller

Sonstige Anwesende:

Schriftführerin: Schriftführerin Enhuber Monika

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;
2. Fragestunde gem. § 32 lit. h GO 1994 und § 9 (6) der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Henndorf am Wallersee;
3. Bericht des Ausschusses für Dorfgestaltung und Verkehr;
4. Bericht des Ausschusses für Schule, Kindergarten, Soziales und Kultur;
5. Bericht des Ausschusses für Umwelt, Jugend, Sport, Freizeit und Fremdenverkehr;
6. Teiländerung FWP im Bereich Landesstr. - Umwidmung von Grünland in Gewerbegebiet - Beratung und Beschluss;
7. Neubestellung der Beisitzer der Grundverkehrskommission - Beratung und Beschluss;
8. Geschäftsordnung der Gemeindevertretung - Beratung und Beschluss;
9. Information des Bürgermeisters über die Beschlüsse der Gemeindevorsteherung;
10. Allfälliges;

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Bürgermeister Rupert Eder eröffnet um 17.15 Uhr die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.) Fragestunde gem. § 32 lit. h GO 1994 und § 9 (6) der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Henndorf am Wallersee:

Es sind keine Fragen eingelangt.

zu 3.) Bericht des Ausschusses für Dorfgestaltung und Verkehr:

Der Ausschussvorsitzende GR Dr. Wolfgang Leinberger gibt seinen Bericht über die letzte Sitzung des Ausschusses ab.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. *Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;*
2. *Verkehrsangelegenheiten - Problembereiche, Bürgeranliegen - Beratung und Beschluss;*
 - 2.1. *Kapellenstraße - Verkehrsberuhigung, Straßenraumgestaltung (Besichtigung der Testvariante an Ort und Stelle);*
 - 2.2. *Lichtentannstraße;*
 - 2.2.1. *Anrainerbeschwerden aus aktuellem Anlass;*
 - 2.2.2. *Kreuzung Weidenbachweg - Verkehrsspiegel - Beratung;*
 - 2.3. *Altentannstraße - verkehrssichernde Maßnahmen für Golfbetrieb - Beratung;*
 - 2.4. *Diverse Bürgeranliegen ;*
3. *B1 alt - weitere Vorgangsweise - Beratung;*
4. *Allfälliges;*

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;

Der Ausschuss ist um 19.00 Uhr zur Besichtigung der verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Kapellenstraße zusammengetreten. Der Vorsitzende GR Dr. Wolf-

gang Leinberger hat alle Anwesenden begrüßt und die Beschlussfähigkeit festgestellt.

zu 2.) Verkehrsangelegenheiten - Problembereiche, Bürgeranliegen - Beratung und Beschluss;

zu 2.1.) Kapellenstraße - Verkehrsberuhigung, Straßenraumgestaltung (Besichtigung der Testvariante an Ort und Stelle);

GR Dr. Wolfgang Leinberger verliest die Eingabe der Anrainer der Hangstraße an die Gemeinde bezüglich der verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Kapellenstraße.

Es wird über den Lokalausweis diskutiert.

GR Dr. Leinberger berichtet über die in den letzten Jahren durchgeführten Maßnahmen wie z.B. Blumentröge die aufgestellt wurden.

Es wurden auch Geschwindigkeitsmessungen und Verkehrszählungen gemacht.

Die Situation in der Hangstraße wird ebenfalls erörtert.

GV Herbert Thalhammer sieht in der Breite der Kapellenstraße das Problem. Die Grundstücksausfahrten sind relativ gefährlich. Er glaubt nicht, dass so viel schneller gefahren wird. Er hält die Blumentröge für eine gute Lösung. Er glaubt, dass die Blumentröge zu niedrig sind. Ausserdem sind die Kosten für die geplanten Maßnahmen sehr hoch.

GR Dr. Leinberger erörtert ebenfalls seine Gedanken zu den Verkehrshindernissen. Die Kapellenstraße ist eine totale Gerade und daher kann man die Sicht mit Hindernissen relativ schwer einschränken.

GV Herbert Thalhammer hat Fotos mitgebracht um Beispiele aufzuzeigen.

GV Kaindl sagt zu den höheren Barrieren die ebenfalls diskutiert wurden, dass die Ausfahrten noch gefährlicher werde. Die Kapellenstraße ist eine Zubringerstraße, vor allem für Busse und größere Fahrzeuge die in Richtung Schule und See etc. fahren.

GR Johann Ebner schließt sich der Meinung von GV Thalhammer an, dass man an den Blumentrögen festhalten sollte. Außerdem ist er der Meinung, dass die Gemeinde auch noch andere Straßen zu sanieren hat und auch dort das Geld benötigt wird. Vielleicht könnte man größere Blumentröge aufstellen, aber die Pflege muss durch die Anrainer erfolgen. Vor allem ist es wichtig, dass die Tröge im Winter entfernt werden können.

GR Dr. Leinberger schlägt vor, die Hindernisse etwas anders zu situieren und die Anzahl zu verringern. Er spricht auch die Schneeräumung an, die mit diesen geplanten Hindernissen immer schwieriger wird. Daraufhin berichtet der Bürgermeister, dass sich die Anrainer beschwert haben, dass der Schneepflug zu oft und zu schnell fährt.

GR Dorothea Aberger schließt sich ebenfalls der Meinung an, dass die Blumentröge beibehalten werden, die im Winter entfernt werden können. Dies ist ein sehr wichtiges Argument.

Bürgermeister Eder und GR Dr. Leinberger erläutern die Gegebenheiten lt. dem vorliegenden Plan.

Bürgermeister berichtet, dass die Kapellenstraße saniert gehört und im Zuge dessen muss man sich Gedanken über die Gestaltung machen.

Die jetzt aufgestellten Hindernisse stellen einen Versuch dar, der 40 Tage laufen soll.

Es wird über die Kosten des Versuchs diskutiert. Es soll die Verkehrsfrequenz gemessen werden und zwar im momentanen Zustand und dann wieder im alten Zustand.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Testvariante 40 Tage beibehalten wird und dann der alte Zustand wiederhergestellt wird. Verkehrsfrequenzmessungen bei beiden Varianten. Nach der Testvariante Zusammenkunft mit den Anrainern. Weitere Diskussion über die weitere Gestaltung im Zuge der Sanierung im nächsten Jahr. Frau GR Mag. Eisl spricht nochmals die Schneeräumung an, dass den Anrainern auch diese Schwierigkeiten aufgezeigt wird. Sie sagt, dass diese Straße eine gewisse Rangordnung hat. Sie möchte ebenfalls keine kostenintensive Umgestaltung, sie wäre ebenfalls dafür, dass die Blumentröge beibehalten werden. Es sollen die Anrainer der Kapellenstraße und die Anrainer der Hangstraße gleichgestellt bleiben. Frau GV Schwaiger sagt, dass das Verkehrsaufkommen in den letzten 15 Jahren nicht um so viel größer geworden ist, die solche kostenintensiven Maßnahmen rechtfertigen. . Bürgermeister Eder berichtet, dass er in den letzten Wochen fast jeden Tag an Ort und Stelle war um sich über das Verkehrsaufkommen zu informieren. Er ist der Meinung, dass es nicht so gravierend ist.

GR Ebner berichtet, dass er vor 15 Jahren vorgeschlagen hat in der Kapellenstraße Bäume zu setzen und damals wurde er ausgelacht.

zu 2.2.) Lichtentannstraße:

GR Dr. Leinberger berichtet über die Situation. Das Problem ist das Schotterwerk Schwaighofer.

Durch die momentane Situation ist Sachlage immer schwieriger geworden und die Anrainer wurden immer mit der Umfahrung vertröstet. Nun gibt es auch mit der Umfahrung keine Änderung. Es besteht keine Aussicht auf eine Lösung. Die einzige Möglichkeit wäre die Umsiedlung des Betriebes innerhalb des Ortes. Es soll mit den Firmeneigentümern Gespräche geführt werden.

zu 2.2.1.) Anrainerbeschwerden aus aktuellem Anlass:

zu 2.2.2.) Kreuzung Weidenbachweg - Verkehrsspiegel - Beratung:

GR. Dr. Leinberger berichtet über die diversen Wünsche von Verkehrsspiegeln wie z.B. im Weidenbachweg Ausfahrt in die Ölling-Straße bei Hauser Franz.

Er wäre für die Anbringung in diesem Bereich. Besichtigung wird gewünscht.

zu 2.3.) Altentannstraße - verkehrssichernde Maßnahmen für Golfbetrieb – Beratung:

Ein immerwährendes Problem ist die Querung der Golfer in der Altentannstraße. Die Verkehrssituation hat sich durch Aiderbichl sicherlich geändert. Eine Idee wäre,

wenn der Golfplatz selbst eine Beschilderung anbringt, um auf die Querung aufmerksam zu machen.

GV Thalhammer wäre dafür den Querenden aufmerksam zu machen, dass er eine öfftl. Straße quert. Man soll den Betreibern einen Vorschlag machen eigene Vorkehrungen zu treffen.

zu 2.4.) Diverse Bürgeranliegen ;

Ein weiteres Anliegen war, bei der Ausfahrt der Schule einen Verkehrsspiegel anzubringen.

Einheitlich wird das Anliegen als nicht gerechtfertigt anzusehen. Auch bei der zweiten Ausfahrt bei der Telefonzelle im Bereich Schule war ein Wunsch nach einem Verkehrsspiegel. Wird ebenfalls als nicht gerechtfertigt angesehen.

Spiegelwunsch bei der Fam. Hohldampf – Egerseeweg ist individuell mit dem Nachbarn zu klären.

In Hankham war das Anliegen die Ortstafel weiter Richtung Neumarkt zu versetzen. Außerdem war ein Wunsch nach einem Überholverbot innerhalb von Hankham.

Einhellig keine Notwendigkeit da sowieso Ortsgebiet.

Bezüglich der Ortstafelversetzung sollen Gespräche geführt werden.

zu 3.) BI alt - weitere Vorgangsweise - Beratung;

GR Dr. Wolfgang Leinberger wäre dafür, dass man dieses Thema nicht als so nebenbei behandelt. Er wäre für eine gesonderte Sitzung zu diesem Thema, damit auch die neuen Gemeindevertretungsmitglieder mit der Vorgeschichte und neuen Vorstellungen vertraut gemacht werden können.

zu 4.) Allfälliges;

Es wird das Thema Dorfgestaltung angeschnitten. Besonders wird gesprochen über die weitere Vorgangsweise beim Haus Eder Franz (Kirchenstiege).

Bürgermeister berichtet über den aktuellen Stand.

zu 4.) Bericht des Ausschusses für Schule, Kindergarten, Soziales und Kultur;

Der Ausschussvorsitzende Vizebürgermeister Walter Seidl gibt zu der am 1.6.2004 stattgefundenen Sitzung seinen Bericht ab.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;
2. Hauptschule - EDV-Anlage - Diverses;
3. Kindergarten - Ferienbetreuung - Diverses;

3. Kindergarten - Ferienbetreuung - Diverses;
4. Volksschule - Neuer Garderobenabgang - Diverses;
5. Allfälliges.

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Der Vorsitzende, Vizebürgermeister Walter Seidl, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, besonders die Direktoren der Schulen und die Leiterin des Kindergartens, und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er bittet den Tagesordnungspunkt 4. laut Einladung vorzuziehen, weil Dir. Christian Leitner vorzeitig weg müsste. Dem stimmt der Ausschuss zu.

zu 2.) Hauptschule - EDV-Anlage - Diverses:

Der Vorsitzende bittet den Hauptschuldirektor um Erörterung des Wunsches von Verbesserungen bei der EDV-Anlage und sonstiger Anliegen seitens der Hauptschule.

Dir. Leitner berichtet über die neuesten Entwicklungen, besonders in Bezug auf gemeinsame Elternvereinsgründung mit der Volksschule. Dringend gebraucht würden abschließbare Garderobenschränke für alle Schüler, weil leider Gottes auch immer wieder Diebstähle passieren. Es gäbe hier die Möglichkeit eines Mietkaufes, die über die Eltern in Form von Mieten finanziert würden. Ziel ist die möglichst rasche Anschaffung bis Herbst, sonst bekommen die 1. und 2. Klassen die bestehenden Schränke. Er hat bereits Angebote eingeholt.

Als nächster wichtiger Punkt ist die Aktualisierung der Bestände der Musikinstrumente für die Musikhauptschulklassen.

Probleme werden in der Zukunft die sinkenden Schülerzahlen bereiten, hier gilt es die Schülerzahlen zu halten, damit auch die Klassenanzahl erhalten bleiben kann.

Für die kommende Musikhauptschulklasse gibt es 11 Henndorfer Kinder und 11 Kinder aus anderen Gemeinden. Bei den Hauptschülern hält sich damit der Abgang an andere Hauptschulen ungefähr die Waage. Nicht eingerechnet sind dabei Abgänge an Gymnasien, wobei das etwa 25 % der Volksschüler sind, die nicht in die Hauptschule wechseln. Die Probleme der Busverbindungen nach Thalgau werden angesprochen, weil aus der Musikvolksschule in Thalgau mehr Schüler kommen müssten.

Dir. Leitner spricht die Probleme mit der bestehenden EDV-Anlage, die massiv in den täglichen Betrieb einwirken, an. Der Zustand der Computer ist eher schlecht, da sie sehr alt sind. Er würde für die Neuanschaffung vorschlagen, eine Art Leasing-Modell einzuführen. Hier würden alle paar Jahre die PC's ersetzt und die Kosten für die Gemeinde wären besser kalkulierbar.

Laut Vizebürgermeister ist wichtig, wie hoch die Kosten sind, die dafür anfallen würden. Kostenvoranschläge könnten über die Schule oder über das Gemeindeamt eingeholt werden. Für die kommende Budgeterstellung wäre das Grundvoraussetzung.

Er schlägt vor, die Schule und das Amt sollen gemeinsam Kostenvoranschläge einholen, die dann Thema einer Sitzung im Oktober sein könnten.

Dir. Leitner schlägt vor, vorher seitens der Schule ein Konzept zu erstellen, damit man ermittelt, was man überhaupt will. Erst dann sollen die genauen und damit vergleichbaren Kostenvoranschläge eingeholt werden.

Laut Vizebürgermeister Seidl kann das in der gewünschten Vorgangsweise erfolgen und erst auf Basis des Konzeptes sollen die Kostenvoranschläge eingeholt werden sollten. Die Zahlen sollen unbedingt rechtzeitig für die Budgeterstellung 2005 vorliegen.

Laut Dir. Leitner ist derzeit der Informatikunterricht nicht mehr zeitgemäß, das soll in Zukunft aber anders werden. Ziel ist nach der 4. Klasse den ECDL-Computerführerschein absolviert zu haben.

Der Bürgermeister sagt, die derzeit in Verwendung stehenden PC's sind bereits 7 Jahre alt, daher ist ein Austausch gerechtfertigt.

Die Homepage der HS-Henndorf ist gerade im Entstehen, zwei ehemalige Schüler machen das in Form der Maturaarbeit, berichtet Dir. Leitner.

Ein weiterer Schwerpunkt der Hauptschule sind laut Dir. Leitner wichtige Erziehungsmaßnahmen. Hier gibt es im Zusammenhang mit erlaubten und nicht erlaubten Suchtmitteln kurz- und mittelfristige Ziele und Maßnahmen.

Gefordert sind laut GR Ebner hier am meisten die Eltern, die Schule kann nur ergänzend wirken.

Die Möglichkeiten der gesamten Gemeinde sollen laut Dir. Leitner ausgeschöpft werden, wobei die Eltern ebenfalls eingebunden werden müssen. Das Jugendgesetz kann nur von den Jugendlichen nachvollzogen werden, wenn es aber auch exekutiert wird.

Laut Vizebürgermeister ist hier auch die Gemeinde gefordert, wenn man Kenntnisse über Missbrauch hat, so müssen dies aufgegriffen und bekämpft werden.

GV Dr. Möller sieht trotzdem den Hauptansatzpunkt im Elternhaus, trotz aller sonstigen Möglichkeiten.

GV Wieder fällt die Steigerung z.B. bei den jugendlichen Rauchern im Park auf.

Hier wäre die Kontrolle wichtig, aber auch Lehrer sehen zumeist an dem Problem vorbei. Gefragt wäre hier die Gendarmerie, die Lehrerschaft und vor allem das Elternhaus.

Dir. Leitner sieht das ebenfalls so, der Dienst der Lehrer hört nicht um 16.00 Uhr auf, es muss das Problem auch außerhalb der Schule angesprochen und aufgegriffen werden. Das wurde bereits bei einer Konferenz thematisiert und seitens der Lehrerschaft auch befürwortet.

GV Wieder zeigt ein positives Beispiel auf, bei dem durch bloßes Notierung der Namen der Schüler gewisse Hemmschwellen zum Rauchen bzw. Trinken entstehen.

Hier könnte man viele Suchtprobleme vielleicht beim Entstehen schon abfangen und verhindern. Leitner kann sich auch eine gemeinsame Information von Schule und Gemeinde an die Betriebe, die Alkohol und Nikotin verkaufen, vorstellen.

GV Eckereder-Edtstadler warnt davor die Themen allzu sehr zu kriminalisieren, sondern man sollte nach Möglichkeit positiv aufklärend an die Sachen heranzugehen.

Sie kann sich ein Event vorstellen, bei dem man das thematisiert.

GV Wieder sieht die Barrieren für Rauchen noch nie so hoch wie jetzt, allerdings ist auch die Anzahl der Raucher noch nie so hoch wie derzeit. Er nennt dazu negative Beispiele. Jeder Einzelne ist gefordert, besonders aber die Gendarmerie und die Lehrerschaft.

Vizebürgermeister Seidl sieht darin ein unerschöpfliches Thema, die Schule bearbei-

tet das Gebiet und er sagt die Unterstützung der Gemeinde, falls Bedarf ist, zu. Dir. Leitner erwähnt weiter, das momentan geplant ist, dass Schüler die Jause in der Schule kaufen können. Eine positive Regelung mit dem Beispiel einer gesunden Jause wird angestrebt.

Vizebürgermeister Seidl regt an, dabei aber auch an die örtlichen Nahversorger zu denken und das nach Möglichkeit mit diesen abzudecken.

GV Dr. Möller weist auf die Aktion mit der Bäckerei Raha hin, die einige Zeit gut gelaufen ist, aber derzeit wenig in Anspruch genommen wird.

Dir. Leitner erwähnt das angespannte Budget, man muss vielleicht Einiges auf das kommende Jahr verschieben.

zu 3.) Kindergarten - Ferienbetreuung - Diverses;

Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Ferienbetreuung der Kindergartenkinder und der Kinder aus der altersgemischten Schulkindgruppe. Es wurden diverse individuelle Wünsche einer Ferienbetreuung geäußert, denen nach Möglichkeit Rechnung getragen wurde. Über den aktuellen Stand berichtet Frau Wagner.

Für heuer wurde der Großteil der Wünsche der Eltern erfüllt, alle Bedürfnisse kann man nicht abdecken.

Sie erklärt die Ferienregelung für den Kindergarten, die eine Schließung von 3 Wochen vorsieht. Damit sind alle Wünsche und Bedürfnisse der Eltern abgedeckt. Auch bezüglich der Mittagessen läuft derzeit eine Erhebung. Bis 28.7.2004 ist der Kindergarten bis 17.00 Uhr geöffnet, die restlichen 14 Tage bis 14.00 Uhr. Der Bedarf für eine längere Betreuung ist etwas gestiegen, wobei von 145 Kindern für 20 Kinder Bedarf angemeldet wurde.

GV Lipp weist darauf hin, dass die Bedürfnisse der Kinder oft auch besser bei den Spielkameraden im Kindergarten abgedeckt werden kann als zu Hause oder bei anderen Personen.

In der altersgemischten Schulkindgruppe ist normalerweise keine Ferienbetreuung vorgesehen, auch die gesetzliche Lage ist dementsprechend, erklärt Frau Wagner. Allerdings hat man auch diesbezüglich eine Ferienbetreuung angeboten, von 32 Kindern sind derzeit 9 Kinder die einen dringenden Bedarf haben. Für heuer müsste damit der Bedarf bis auf wenige Ausnahmen abgedeckt sein. Die Erfahrung des letzten Jahres hat gezeigt, dass eine gemeinsame Betreuung der Kindergartenkinder und der Schulkinder nicht gut ist, daher erfolgt heuer eine Trennung.

GV Dr. Möller sieht eine Gefahr von haftungsrechtlichen Problemen, wenn man sich außerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegt.

GV Lipp sieht einen gewissen Informationsmangel bezüglich der möglichen Ferienbetreuung. Über die Schule müsste der tatsächliche Bedarf erhoben werden.

Frau Wagner weist darauf hin, dass die Betreuung ausschließlich für die bereits während des Schuljahres betreuten Kinder erfolgen darf.

GV Lipp sieht das aus ihrer persönlichen Sicht, sie braucht unter dem Jahr keine Betreuung, wäre aber über eine Ferienbetreuung sehr froh, weil zu dieser Zeit zusätzlich Probleme und Betreuungsbedürfnisse entstehen.

Dir. Schmid sagt, es ist für diese Fälle keine Ferienbetreuung durch die öffentliche Hand vorgesehen.

GV Lipp weist aber auf die Alltagsbedürfnisse hin, die doch sehr problematisch sein können. Das ist eben der Trend der Zeit, ob man nun will oder nicht, und man muss sich darauf einstellen.

Der Bürgermeister weist auf die Möglichkeit der Betreuung durch Tagesmütter hin,

die auch in den Ferien besteht.

Frau Wagner verweist auf die pädagogischen Konzepte für die Kindergartenkinder und für die Kinder der altersgemischten Schulkindgruppe, eine ausschließliche Ferienbetreuung ist dabei nicht vorgesehen.

Vizebürgermeister Seidl glaubt hier wird es auch seitens des Landes Initiativen geben, letztendlich geht es aber auch ums Geld. Die gesetzlichen Grundlagen dafür werden vielleicht geschaffen werden, weil das besonderes Ziel der neuen Landeshauptfrau ist. Er erwähnt die oft vorliegende Notwendigkeit von zwei Einkommen oder die Probleme von alleinerziehenden Personen.

Frau Wagner sieht für das nächste Jahr sicherlich einen gewissen Änderungsbedarf.

Der Bürgermeister schlägt für die Zukunft vor, dass sich der Ausschuss dann im Februar mit dem Problem beschäftigt, damit man rechtzeitig reagieren kann.

Er ist für eine klare Trennung von Kindergarten und altersgemischter Schulkindgruppe. Beim Kindergarten gibt es derzeit keine Probleme, für die altersgemischte Schulkindgruppe muss rechtzeitig der Bedarf erhoben werden und dann darauf reagiert werden.

Der Vizebürgermeister weist auf die bereits gebotenen Möglichkeiten hin, die schon jetzt sehr gut

sind. Ist ein zukünftiger erhöhter Bedarf, wird man sich dem aber nicht entziehen können.

Die heurige Lösung wird vom Ausschuss befürwortet und für die kommenden Jahre soll rechtzeitig der Bedarf erhoben werden und nach Möglichkeit eine Betreuung angeboten werden.

zu 4.) Volksschule - Neuer Garderobenabgang - Diverses;

Der vorliegende Entwurf eines eigenen Stiegenabganges in die Garderoben der Volksschulen wird erörtert. Der Ausschussvorsitzende erklärt die Situation und den derzeitigen Stand.

Dir. Schmid sieht einen kleinen Wermutstropfen darin, weil die Hauptschüler den jetzigen Volksschuleingang auch nach der Errichtung des eigenen Abganges in die Volksschulgarderoben benutzen könnten und damit auch in Zukunft wieder die Verschmutzung der Eingangshalle gegeben sein wird. Das sollte verhindert damit verhindert werden, dass die Hauptschüler nur den für sie vorgesehenen Abgang in die Garderoben verwenden.

Laut Vizebürgermeister soll die Hauptschule und die Volksschule jeweils einen getrennten Zugang zu den Garderoben haben und nur den eigenen benutzen dürfen. GR Dr. Kirchtag sieht eine gewisse Aufsichtspflicht durch die Lehrer, das würde schon helfen die erforderliche Trennung einzuführen.

Vizebürgermeister Seidl fragt bezüglich der Kosten für den Abgang an.

Heute ist laut Bürgermeister noch ein Termin mit der AUVA gewesen, es ist aber schon abzusehen, dass durch gewisse Auflagen und Notwendigkeiten Mehrkosten entstehen werden. Man kann aber den Kostenvoranschlägen nicht vorgreifen und die Gemeindevorstellung hat dann über eventuelle Einsparungsmaßnahmen zu entscheiden. Er erklärt gewisse Notwendigkeiten wie zum Beispiel die Beheizung und die Überdachung des Abganges. Es werden aber unterschiedliche Varianten ausgeschrieben werden, damit man die Möglichkeit hat, Einsparungen zu erzielen. Es sollen in diesem Zuge zusätzlich Abtrennungen zu den Garderoben geschaffen werden, damit die VS-Garderoben abgeschlossen werden können.

*Dieser Vorgangsweise stimmt der Ausschuss einhellig zu.
Sonst gibt es laut Direktorin keinerlei Probleme, sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde.*

zu 5.) Allfälliges.

zu 5.) Bericht des Ausschusses für Umwelt, Jugend, Sport, Freizeit und Fremdenverkehr;

Der Ausschussvorsitzende GV Friedrich Schmidhuber gibt zu der am 26.5.2004 stattgefundenen Sitzung seinen Bericht ab.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. *Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;*
2. *Diskussion über Arbeitsweise des Ausschusses;*
3. *Abgrenzung zu anderen Ausschüssen;*
4. *Sammlung von Themen, die zu behandeln sein werden;*
5. *Allfälliges;*

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;

Der Ausschussvorsitzende, GV Friedrich Schmidhuber, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.) Diskussion über Arbeitsweise des Ausschusses;

GV Friedrich Schmidhuber möchte in der heutigen Sitzung die Arbeitsweise, die Abgrenzung zu anderen Ausschüssen und die Themenfindung behandelt wissen. Er möchte die Vorstellungen der Ausschussmitglieder über die zukünftige Arbeit wissen und daher dieser Tagesordnungspunkt. Im Bereich der Jugend sind die zwei jungen Ausschussmitglieder, die heute beide entschuldigt sind, prädestiniert. Im Fremdenverkehrsbereich ist Frau Schwaiger sehr kompetent. Im Umweltbereich spricht er die nicht zufriedenstellende Sauberkeit bei den Altstoffsammelinseln an.

GV Riedl erklärt die formelle Arbeitsweise, wobei die Themen vom Bürgermeister, vom Gemeindeamt oder von den Mitgliedern im Wege des Ausschussvorsitzenden oder über das Gemeindeamt abgewickelt werden.

GV Thalhammer untermauert das und erwähnt, dass dies der bisherigen Praxis entspricht und sich das sehr gut bewährt hat.

GV Friedrich Schmidhuber fragt nochmals über Wünsche bezüglich der Arbeitsweise nach, weil man in der Diskussion teilweise schon bei gewünschten Themen angeht.

GV Schwaiger wäre wichtig, die Wünsche der Bürger zu sammeln und danach im Ausschuss zu beraten.

zu 3.) Abgrenzung zu anderen Ausschüssen;

Der Vorsitzende möchte die Abgrenzung zu anderen Ausschüssen bzw. Gemeindegremien festlegen.

GV Riedl sagt dazu, dass es keine klare Abgrenzung gibt, weil viele Themen übergreifend sind oder durchaus in mehreren Ausschüssen aufgegriffen werden könnten. Bisher hat man bei der Erstellung der Tagesordnung darauf geschaut, ob ein Thema bereits in einem anderen Ausschuss behandelt wird, damit man Doppelgleisigkeiten vermeidet. Ansonsten spricht nichts dagegen, die in diesen Ausschuss fallenden Themen, und das sind durchaus sehr viele, auch aufzugreifen. Dieser Vorgangsweise stimmt der Ausschuss einhellig zu.

zu 4.) Sammlung von Themen, die zu behandeln sein werden;

Die Themen, die derzeit schon von den Ausschussmitgliedern gewünscht werden, möchte der Vorsitzende GV Schmidhuber gerne wissen.

GV Lipp möchte das Thema Hundehaltung und damit zusammenhängend besonders die Verschmutzung durch Hundkot behandelt wissen.

Frau GV Schwaiger ist auch das Problem von Pferdekot auf Wanderwegen aufgezeigt worden.

GV Friedrich Schmidhuber spricht die Altstoffsammelinseln an, die nicht zufriedenstellend geführt werden können. In diesem Zusammenhang erwähnt er die genaue Trennung am Recyclinghof und die weniger genaue bei den Sammelinseln.

GV Lipp sieht die Probleme hauptsächlich im Altpapierbereich. Dies wird vom Ausschuss allgemein bestätigt.

GV Riedl schlägt hier vor externe Berater beizuziehen, weil man diesbezüglich die Umwelt- und Abfallberatung im Regionalverband hat und deren Wissen genutzt werden soll.

GV Lipp wäre Aufklärungsarbeit im Kindergarten, Schule, etc. wichtig, weil teilweise den Kindern und Jugendlichen die Abfallproblematik nicht bewusst ist.

GV Schmidhuber fürchtet bei der Einbindung der Schulen, dass das in der Fülle der Informationen in der Schule untergeht. Er nennt Beispiele, die nicht zielführend sind, er sieht hier die Verantwortung hauptsächlich beim Elternhaus.

GV Thalhammer spricht in dem Zusammenhang die früher durchgeführte Aktion „Sauberes Henndorf“ an, die anfangs sehr erfolgreich durchgeführt wurde.

GV Riedl wäre bei dieser Aktion für die Einbindung der Schulen und des Jugendtreffs.

GV Schwaiger ist aber wichtig, dass aber auch zusätzlich die Erwachsenen eingebunden werden.

Seitens des Amtes soll die Bereitschaft der Schulen und des Jugendtreffs erhoben werden, ob diese bereit wären an der Aktion mitzuarbeiten.

GV Hemetsberger glaubt, dass der neue Direktor durchaus für solche Projekte offen wäre.

Ein positives Anreizsystem für Jugendliche soll geschaffen werden, regt GV Riedl an. Als Beispiel nennt er einen Gratiseintritt im Seebad oder etwa eine Kinokarte.

Der Vorsitzende findet das sehr gut, auch ein Ideenwettbewerb in den Schulen könnte im Vorfeld stattfinden. Die Direktoren sollen als Fachleute in eine der nächsten Sitzungen eingeladen werden.

Zum Thema Fremdenverkehr erwähnt Frau GV Schwaiger die geplante Kooperation mit der Gemeinde.

Frau GV Lipp fragt, warum Henndorf nicht Bauernherbstgemeinde ist.

GV Schwaiger führt das auf die sehr hohen Kosten dieser Aktion zurück, aber auch die Motivation bei den dafür erforderlichen Betrieben ist nicht sehr groß.

Frau GV Lipp hat das Dorffest sehr positiv gesehen, leider findet das nicht mehr statt. Möglicherweise wären Ortsteilfeste auch sehr gut.

GV Riedl erklärt die Gründe warum das Dorffest nicht mehr stattfindet. Es wurde am Ende vereinbart die Wirtschaft organisiert das neu. Allerdings haben seither keine Aktivitäten stattgefunden.

Er erklärt die bisherige Mitwirkung des Ausschusses beim Ferienprogramm das derzeit vom Bürgerservice erstellt wird.

Es wird angeregt auch ein Ferienprogramm für Jugendliche und nicht nur für Schüler zu erstellen. Hier wäre die Zusammenarbeit mit dem Jugendtreff sehr wichtig.

Die Verbindungen herzustellen wäre laut GV Riedl wichtig, etwas neues zu erfinden ist seiner Meinung nach nicht sinnvoll.

Das Stichwort Verbindungen greift Frau GV Schwaiger auf, Jugendlichen sollten Verbindungen mit älteren Leuten, z. B. im Seniorenheim, ermöglicht werden.

Zum Thema Sport wird allgemein ein „Tag des Sports“, in etwa angelehnt an das von den Schützen früher durchgeführte „Spiel ohne Grenzen“ vorgeschlagen. Hier sollen die Vereine kontaktiert werden, ob diese Idee sinnvoll und durchführbar ist.

Frau GV Schwaiger regt an eine Aktion „Ganz Henndorf fährt Rad“ oder Ähnliches durchzuführen. Solche Aktionen finden in anderen Gemeinden großen Anklang.

Zum Thema Rad- und Wanderwege wird die Fertigstellung des Radwegenetzes, wie es ja bereits geplant ist, angeregt. Die Teilstücke Hankham – Enzing bzw. Seebrunn bis Uferweg sollen so bald als möglich verwirklicht werden.

Bei den Wanderwegen wird die Wegsanierung und –markierung des Rupertiweges als wichtig erachtet.

GV Riedl sagt dazu, dass hier das Anbot an die Personalvertretung des Amtes der Salzburger Landesregierung für eine Ablöse des Seehauses erneuert wurde und dann sicher weiter beraten werden muss.

Zum von Frau GV Lipp angesprochenen Thema Hundekot sollen positive Beispiele aus anderen Gemeinden erhoben werden, damit man diese aufgreifen und diskutieren kann.

GV Schmidhuber regt an, die Hundebesitzer direkt auf das Problem mittels eines Schreibens aufmerksam zu machen, damit die Hundebesitzer sensibilisiert werden.

Zum Thema Umwelt regt GV Schmidhuber an, im Zusammenhang mit dem Verkehr die mobile Geschwindigkeitsmessanlage auch über Nacht stehen zu lassen und eventuell eine zweite Anlage anzuschaffen. Grund dafür ist, dass die Verkehrsteilnehmer dadurch schon auf diese Anzeige reagieren und es den meisten bewusst wird, dass die Geschwindigkeit zu hoch ist. Hier wäre die Auswertung der Ergebnisse sehr wichtig und vor allem könnten durch vermehrten Einsatz der Geschwindigkeitsmessanlagen teure Straßeneinbauten oder –umbauten vermieden werden. Hinsichtlich der Befürchtung von Vandalenakten sollte vom Gemeindeamt die Möglichkeit einer Versicherung der Geräte geprüft werden.

GV Riedl spricht noch folgende Themen an, die vom Ausschuss aufgegriffen werden könnten:

Erstellung von allgemeinen Spielplatzordnungen

Ferienprogramm

Mitwirkung von Jugendlichen im Gemeindebereich – z.B. Jugendforum, Jugendgemeinderat

Er weist auch auf die Möglichkeit hin, dass die Gemeindevertretung Entscheidungen den Ausschüssen zur Entscheidung übertragen könnte, auch das wäre vielleicht einmal in gewissen Bereichen eine Überlegung wert.

zu 5.) Allfälliges:

Der Vorsitzende schlägt als nächsten Sitzungstermin die Kalenderwoche 40 vor. Dabei soll die Vorbereitung der „Aktion Sauberes Henndorf“ Schwerpunkt sein. Eine Einladung dazu soll neben den Ausschussmitglieder auch an die Direktoren der Schulen, den Elternverein und den Jugendbetreuer ergehen, weil diese eingebunden werden sollen.

Nachdem bereits sehr umfassend über die zukünftige Arbeitsweise und die möglichen Themen diskutiert wurde, bedankt sich GV Schmidhuber für die rege Teilnahme und schließt die heutige Ausschusssitzung.

Bürgermeister Eder stellt die Anschaffung einer zweiten mobilen Tempoanzeige zur Diskussion.

GR Frau Mag. Eisl fragt, wie es mit den Beschädigungen der Anlage aussieht.

Die jetzige Anlage wurde lt. Bürgermeister Eder einmal umgestoßen.

Vizebgm. Seidl sagt zu dem Thema, er wäre auch für die Veröffentlichung der Messdaten.

GR Dr. Leinberger begrüßt die Anschaffung einer solchen Anlage, da man die gemessenen Daten, sei es Geschwindigkeit oder Frequenz, veröffentlichen könnte. Dem schließt sich GV Thalhammer an.

Bürgermeister Eder stellt den Antrag, eine zweite mobile Tempoanzeige für unsere Gemeinde anzuschaffen. Die Finanzierung soll aus Verstärkungsmittel erfolgen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 6.) Teiländerung FWP im Bereich Landesstr. - Umwidmung von Grünland in Gewerbegebiet - Beratung und Beschluss:

Im Bereich Landesstraße, nordwestlich des geplanten Kreuzungspunktes der Umfahrung, ist eine Teiländerung des Flächenwidmungsplanes beabsichtigt. Das Grundstück 2209 der Ehegatten Josef und Monika Ebner, Streimlingbauer, ist im Flächenwidmungsplan als Grünland/ländliche Gebiete ausgewiesen. Eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 10600 m² soll nun in Bauland/Gewerbegebiet umgewidmet werden. In der Vorstandssitzung vom 16.02.2004 wurde die Einleitung des Verfahrens beschlossen. Zwischenzeitlich wurden die erforderlichen Kundmachungsverfahren und die Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt, sowie durch den Raumplaner Dipl. Ing. Günther Poppinger ein Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes ausgearbeitet. Während der Kundmachungsfrist über die beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes wurden keine schriftlichen Anregungen eingebracht.

Gemäß § 21 Abs. 4 Raumordnungsgesetz 1998 ist der Entwurf des Flächenwid-

mungsplanes von der Gemeindevertretung zu beraten und zu beschließen.

Bürgermeister Eder erörtert die Sachlage an Hand der vorliegenden Unterlagen.

Vizebgm.Seidl fragt, ob es konkrete Anfragen für diese Fläche gibt.

GV Thalhammer fragt, ob in diesem Bereich im Zusammenhang mit der Umfahrung verkehrstechnisch alles abgeklärt ist.

gen.

Beide Fragen bejaht der Bürgermeister.

Der Bürgermeister stellt gemäß § 21 Abs. 4 Raumordnungsgesetz 1998 (ROG 1998) den Antrag, den Entwurf des Flächenwidmungsplanes vom 23.02.2004 für den Bereich Landesstraße zur Auflage zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 7.) Neubestellung der Beisitzer der Grundverkehrskommission - Beratung und Beschluss:

Mit 31.5.2004 läuft die Periode der Grundverkehrskommission für den politischen Bezirk Salzburg-Umgebung aus.

Gem. § 28 Abs. 1 Salzburger Grundverkehrsgesetz 2001, ist daher eine neue Grundverkehrskommission zu bilden.

Der Beisitzer und sein Stellvertreter sind bis spätestens 18.6.2004 der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung bekanntzugeben.

Bürgermeister Eder teilt mit, dass bisher Alt-Gemeinderat Albert Eibl als Beisitzer der Grundverkehrskommission fungierte und Alt-Gemeindevertreter Johann Strumegger sein Stellvertreter war.

Er wäre dafür, dass diese Aufgabe aktive Mitglieder der Gemeindevertretung wahrnehmen sollen.

Der Bürgermeister schlägt GR Johann Schwaiger als Beisitzer der Grundverkehrskommission vor und er selbst würde den Stellvertreter übernehmen.

18 Ja – Stimmen.

2 Stimmenthaltungen – GR Johann Schwaiger u. Bürgermeister Rupert Eder

Der Antrag ist somit angenommen.

zu 8.) Geschäftsordnung der Gemeindevertretung - Beratung und Beschluss:

Ein Muster der neuen Geschäftsordnung der Gemeindevertretung wurde den Fraktionsführern in der letzten Vorstandssitzung am 8.6.2004 ausgehändigt.

Der Bürgermeister schlägt vor, in der neuen Geschäftsordnung wiederum die Möglichkeit der Fragestunde beizubehalten.

Es wird diskutiert ob man die Möglichkeit der Tonbandaufnahme ins Auge fassen sollte.

GV Riedl sagt in diesem Zusammenhang, dass die Gemeindevertretung eine sehr gute sachliche Diskussionsgrundlage habe und er der Meinung ist, dass keine Notwendigkeit besteht.

Vizebgm. Seidl denkt in diesem Zusammenhang an Zuhörer und Aussagen, die dann falsch an die Öffentlichkeit getragen werden.

GR Dr. Leinberger meint dazu, dass die Möglichkeit der wortwörtlichen Festhaltung der Aussagen auch in bisheriger Form besteht, wenn es gewünscht wird.

GR Dr. Kirchttag berichtet aus seiner Tätigkeit beim Landtag, dass wenn es brisant wird und diskutiert wird, die Tonbandaufnahme meistens nicht verwertbar ist, weil nichts klar zu verstehen ist.

Frau GR Mag. Eisl stellt klar, wenn diese Möglichkeit der Tonbandaufzeichnung beschlossen wird, diese auch gemacht werden müssen.

Schlussendlich wird dies für unsere Gemeindevertretung als nicht notwendig erachtet.

Bürgermeister Eder erläutert noch einige Details zur Geschäftsordnung und stellt den Antrag, die vorliegende Geschäftsordnung mit der Ergänzung der Fragestunde zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 9.) Information des Bürgermeisters über die Beschlüsse der Gemeindevorstellung:

Bürgermeister Eder berichtet über die Beschlüsse der letzten beiden Gemeindevorstellungssitzungen.

zu 10.) Allfälliges

Bürgermeister Eder berichtet über das Schreiben von Herrn Esterer, das auch Gegenstand der nächsten GV-Sitzung sein wird.

Es wird noch über die momentane Lage zum Thema Windkraft gesprochen.

Die Bürgerinitiative hat demnächst einen Termin bei der Gemeindevertretung in Thalgau.

Geschlossen: 18.30Uhr

Gelesen, genehmigt, gefertigt:
Bürgermeister Rupert Eder
Vizebürgermeister Walter Seidl
alle Gemeindevertretungsmitglieder